

26. März 2014

Zwischenbericht des Staatssekretärs-Ausschusses zur Armutswanderung

**Städtetag begrüßt konkrete Hilfen für betroffene Städte –
Freizügigkeit ist Errungenschaft für Europa**

Der Deutsche Städtetag begrüßt die Pläne der Bundesregierung zum Umgang mit Armutswanderung in einigen Städten sowie die konkret angekündigte Unterstützung besonders betroffener Kommunen zum Beispiel durch das Programm Soziale Stadt. Die deutschen Städte schätzen die Freizügigkeit in der Europäischen Union als Errungenschaft für das Zusammenleben, sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly heute nach einer Präsidiumssitzung in Plauen: **„Die meisten Menschen aus Südosteuropa sind in Deutschland gut integriert und leisten ihren Beitrag zum Gemeinwesen. In einigen Städten jedoch konzentrieren sich Schwierigkeiten mit sozial schwer integrierbaren Familien, etwa bei der Wohnungs- und Gesundheitsversorgung. Es ist gut, dass der heute veröffentlichte Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses der Bundesregierung sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzt, das der Deutsche Städtetag im Frühjahr 2013 mit seinem Positionspapier erstmals breiter in die Öffentlichkeit getragen hat.“**

In dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Zwischenbericht werden bereits konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die Forderungen des Städtetages und der betroffenen Städte aufgreifen. **„Wir erhoffen uns durch die vorliegenden Vorschläge spürbare Verbesserungen. Beispielsweise soll das Programm Soziale Stadt von 40 auf 150 Millionen Euro jährlich aufgestockt werden, um sozial benachteiligte Stadtteile aufzuwerten und den Bewohnern zu helfen. Etwa 10 Millionen Euro des Programms Soziale Stadt sind gezielt für Städte vorgesehen, die besonders von Armutswanderung betroffen sind. Es ist gut, dass außerdem Mittel aus europäischen Programmen mit Kofinanzierung durch den Bund zielgerichtet auf die kommunalen Probleme zugeschnitten eingesetzt werden können. Um eine gute Wirkung zu erzielen, sind die Länder gefordert, die Mittel für das Programm Soziale Stadt in gleicher Höhe zu ergänzen und den Eigenanteil von Kommunen in Haushaltsnotlagen auf 10 Prozent zu reduzieren“**, so der Städtetagspräsident.

Sinnvoll sei zudem, Integrationskurse in besonders betroffenen Städten als Projekt besser auf diesen Teil der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien auszurichten und dort eine zusätzliche Betreuung durch Sozialpädagogen vorzusehen. Positiv beurteilt der Deutsche Städtetag die Absicht der Bundesregierung, aktiv auf die Krankenkassen zuzugehen, um zur Klärung der Krankenversicherung von Zuwanderern beizutragen. Denn die Rechtslage sei sehr kompliziert. Richtig sei

ebenso der Plan, die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Scheinselbständigkeit zu erweitern. Auch die Berechtigung zum Kindergeldbezug solle besser geprüft werden können. Der Zwischenbericht spreche außerdem Schritte gegen einen möglichen Missbrauch des Freizügigkeitsrechts an. Dabei erscheinen befristete Wiedereinreisesperren in eklatanten Fällen oder die grundsätzliche Befristung von Zeiten der Arbeitssuche als mögliche Instrumente.

„Die Empfehlungen und Vorhaben der Bundesregierung sollten zügig umgesetzt werden, um die Situation in den besonders betroffenen Städten bald zu verbessern. Bund, Länder und Kommunen müssen die mit der Armutszuwanderung verbundenen Probleme gemeinschaftlich anpacken. Das wird im Zwischenbericht deutlich“, erläuterte Maly.

Über den Zwischenbericht hinaus kann sich der Deutsche Städtetag zum Beispiel einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an Integrationskursen auch für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union vorstellen, um Zuwanderer mit Integrationsschwierigkeiten stärker zu fördern. Und im Gewerberecht hält der kommunale Spitzenverband es über die jetzt vorgeschlagenen Verbesserungen hinaus weiterhin für sinnvoll, dass Gewerbeaufsichtsämter in Zweifelsfällen die Möglichkeit erhalten, Nachweise für eine selbständige Tätigkeit verlangen zu können. Das könnte helfen, noch wirksamer gegen Scheinselbständigkeit vorzugehen.

Der Deutsche Städtetag bekräftigte abschließend, dass Armutszuwanderung vorgebeugt werden sollte, indem Hilfen der Europäischen Union für die betroffenen Menschen in den Herkunftsländern umgesetzt werden.